



Neue Töne

Das Medienecho zum 103. Deutschen Ärztetag belegt, dass sich die Akzente in der veröffentlichten Meinung zu Gunsten der Ärzteschaft verschoben haben.

Die Berichterstattung über den Deutschen Ärztetag zeichnet stets auch ein seismographisches Bild der gesundheitspolitischen Stimmungslage. Dabei interessiert sich die allgemeine Presse vor allem für die aktuellen Botschaften der Ärztevertreter und der zu Grußworten eingeladenen Politiker. So konzentrierte sich die öffentliche Aufmerksamkeit in diesem Jahr in Köln auf die Eröffnungsveranstaltung mit den Reden von Ärztetagspräsident Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe und Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer (siehe auch Seite 10 ff.).

Für die Ärztinnen und Ärzte sind dagegen die unmittelbar berufsbezogenen Themen wie Berufsordnung und Weiterbildungsordnung besonders wichtig (siehe auch Seite 13 ff.).

In der Berichterstattung der allgemeinen Presse zeigt sich im Jahr 2000 eine bemerkenswerte Akzentverschiebung. Sind die Medien sonst vor allem an Konflikten interessiert, war diesmal eine Schlagzeile aus dem *Handelsblatt* typisch: „Mediziner suchen Dialog mit Ministerin Fischer.“

Dabei hatte der Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages in seiner mit großem Beifall aufgenommenen Eröffnungsrede schonungslos mit der Politik der Bundesregierung, insbesondere der Budgetierungspolitik, abgerechnet. Doch registrierten die Beobachter offenbar aufmerksam, dass dies dem gegenseitigen persönlichen Respekt, der zwischen Hoppe und der Ministerin herrscht, keinen Abbruch tut. „Das Klima ist freundlicher geworden“, schrieb denn auch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.

Trotz – oder gerade wegen? – der „Lockerung der Fronten“ (*Kölner Stadt-Anzeiger*) sind die politischen Positionen der Ärzteschaft heute auch in der Medienlandschaft hoffähiger denn je. Stellten gesundheitspolitische Kommentare in früheren Jahren allzu häufig auf die angebliche Hartleibigkeit der Ärztevertreter und die vermeintlich exorbitant hohen Arzteinkommen ab, so haben viele Journalisten inzwischen nachvollzogen, dass Budgetierung Rationierung nach sich zieht und damit unmittelbar die Kranken trifft.

So schreibt die Leitartiklerin des *Kölner Stadt-Anzeiger*: „Das Bittere ... für die rot-grünen Politiker ist ..., dass

mit der strikten Ausgabenbegrenzung gerade das nicht erreicht wird, was die rot-grüne Regierung mit ihrer Reform bewirken wollte: mehr Zuwendung für den Patienten. Das Gegenteil sei sogar der Fall, beklagen nicht nur Ärzte. Deren andauernden Widerstand gegen die Budgetierung allein mit dem Hinweis auf ihre Honorare abzutun wird der Sache nicht gerecht.“

Erforderlich sei „ein entschlossener Kurswechsel in der Gesundheitspolitik“, meint auch *Die Welt*. Die *Süddeutsche Zeitung* fragt, ob Andrea Fischer das Arzneimittelbudget aufrechterhalten darf, „wenn sie weiß, dass Patienten nicht mehr das bekommen, was sie brauchen, sie vom medizinischen Fortschritt abgeschnitten werden und außerdem Ärzte dadurch ruiniert werden?“

Die neuen Töne in der Berichterstattung gehen nun nicht unerheblichen Teil darauf zurück, dass die Ärzteschaft in ihrem Widerstand gegen die „GKV-Gesundheitsreform 2000“ alle anderen Gesundheitsberufen an ihrer Seite hatte. Das erhöhte die Glaubwürdigkeit der Argumente – und machte den Ärztepräsidenten, der mit an der Spitze des Bündnisses stand, im vergangenen Jahr zum „stärksten Gegenspieler Fischers“, so die *Frankfurter Allgemeine*.

Aus Sicht des Rheinländers ist es bedauerlich, dass das Land NRW bei der Ärztetagsöffnung einmal mehr nicht in Bestbesetzung antrat. Während 1999 in Cottbus Ministerpräsident Manfred Stolpe, 1997 in Eisenach Ministerpräsident Bernhard Vogel und 1995 in Stuttgart Ministerpräsident Erwin Teufel die Delegierten und Gäste begrüßten, kam zu den jeweils in Köln stattfindenden Ärztetagen 1994, 1996, 1998 und 2000 der NRW-Ministerpräsident nicht. In diesem Jahr vertrat Staatssekretärin Cornelia Prüfer-Storcks aus dem Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit die Landesregierung.

Diese empfahl dann in ihrem Grußwort, am Standort Köln für Bundesärztekammer und Kassenärztliche Bundesvereinigung festzuhalten. Dabei waren zu diesem Zeitpunkt beide ärztlichen Spitzen-Organisationen bereits entschlossen, nach Berlin zu ziehen.

Horst Schumacher, Chefredakteur